Anfechtung

Anfechtungserklärung

I. Erklärung der Anfechtung

1. Die Wirkungen des anfechtbaren RG werden nur beseitigt, wenn das RG angefochten wird, § 142 BGB. Wie ausgeführt, wird aber nur die Erklärung des Irrenden, Getäuschten bzw. Bedrohten angefochten.
2. Die Anfechtung erfolgt gem. § 143 I BGB durch Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner. Es handelt sich damit um eine einseitige empfangsbedürftige WE. Da der Anfechtende ein Gestaltungsrecht ausübt, ist die Anfechtung bedingungsfeindlich i.S.d. § 158 BGB. Zulässig ist aber die unter einer Rechtsbedingung stehende Eventualanfechtung.
3. Die Anfechtung muss nicht ausdrücklich erfolgen, insb. muss der Ausdruck Anfechtung nicht verwendet werden. Verkürzt ist es allerdings zu sagen, die Anfechtung könne auch konkludent erfolgen. Der Anfechtende muss zwar nicht den Anfechtungsgrund angeben. Die Anfechtung muss allerdings erkennen lassen, auf welches tatsächliches Geschehen die Erklärung gestützt werden. Der Grund dafür besteht darin, dass die einzelnen Anfechtungsgründe in unterschiedlichen Fristen geltend zu machen sind und daher der Anfechtungsgegner erkennen muss, auf welche Frist die Anfechtung gestützt ist. Bei

Anfechtung

Anfechtungserklärung

einer Anfechtung gem. § 119 II BGB ist ggf. auszulegen, ob damit auch nach § 123 I BGB wegen arglistiger Täuschung angefochten wurde. Evtl. ist eine neuerliche Anfechtungserklärung (fristgerecht) erforderlich.

II. Anfechtungsgegner

1. Die Anfechtung muss gem. § 143 I BGB gegenüber dem Anfechtungsgegner erfolgen. Wer Anfechtungsgegner ist bestimmt § 143 II – IV BGB.
2. Bei einem Vertrag muss die Anfechtung gegenüber dem Vertragspartner erfolgen. Stehen auf der anderen Seite mehrere Personen, muss zumindest bei einem Vertrag über eine unteilbare Leistung die Anfechtung gegenüber jedem Vertragspartner erfolgen.
Bsp.: Vermieter V hat eine Wohnung an vier Studenten vermietet. Kann und will V anfechten, muss er die Anfechtung gegenüber jedem der vier Mitmieter erklären.
Hinweis: Im Mietvertrag bevollmächtigen sich mehrere Mieter häufig gegenseitig zum Empfang von WEen.
3. Soll ein einseitiges empfangsbedürftiges RG (Vollmacht, Kündigung) angefochten werden, ist Anfechtungsgegner die Person, gegenüber der die WE abzugeben war, § 143 III 1 BGB.
4. Da bei einem streng einseitigen, also nicht empfangsbe-

Anfechtung

Anfechtungserklärung

dürftigen RG (Auslobung, Dereliktion) eine solche Person fehlt, ist die WE in diesem Fall gegenüber der Person abzugeben, die aus dem RG unmittelbar einen rechtlichen Vorteil erlangt hat, § 143 IV BGB.

III. Anfechtungsfrist

1. Da der Anfechtungsberechtigte frei darüber entscheiden kann, ob er anfechten will, erkennt das Gesetz ein Schutzbedürfnis des Anfechtungsgegners und des Verkehrs an und verlangt, dass die Anfechtung innerhalb einer Frist geltend gemacht wird. Bei der Frist unterscheidet das Gesetz nach den Anfechtungsgründen.
2. Frist bei Anfechtung gem. §§ 119, 120 BGB
 - a) Eine Anfechtung wegen Inhaltsirrtums, Erklärungsirrtums, Irrtums über eine verkehrswesentliche Eigenschaft und Übermittlungsirrtums muss gem. § 121 I BGB unverzüglich erfolgen.
 - b) Die Frist beginnt mit Kenntniserlangung vom Anfechtungsgrund. Erforderlich ist eine positive Kenntnis, bloßes Kennenmüssen genügt nicht.
 - c) Nach Kenntnis muss die Anfechtung unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern (Legaldefinition) erfolgen. Dabei wird dem Anfechtenden eine unter Berücksichtigung der Komplexität des RG und einer ggf. er-

Anfechtung

Anfechtungserklärung

forderlichen Rechtsberatung angemessene kurze Frist zugebilligt. Die Dauer ist eine Frage des Einzelfalls. Nur im Arbeitsrecht existieren nahezu feste Richtgrößen. Danach muss die Anfechtung binnen 2 Wochen erfolgen, einer der Frist für die außerordentliche Kündigung, § 626 II BGB entsprechenden Zeitspanne. Im Einzelfall kommt auch im Arbeitsrecht ggf. eine kürzere Frist in Betracht.

- d) Zur Fristwahrung genügt eine rechtzeitige Absendung der Erklärung, § 121 I 2 BGB. Die Anfechtungserklärung wird zwar erst mit Zugang wirksam, § 130 I BGB. Abweichend von der allgemeinen Regel geht eine Verzögerung zwischen Abgabe und Zugang nicht zu Lasten des Erklärenden, wenn diesen an der Verzögerung kein Verschulden trifft.
- e) Sind seit Abgabe der anzufechtenden WE zehn Jahre vergangen, ist die Anfechtung gem. § 121 II BGB ausgeschlossen.

3. Anfechtung gem. § 123 BGB

- a) Eine aufgrund arglistiger Täuschung oder widerrechtlicher Drohung abgegebene Willenserklärung kann gemäß § 124 I BGB innerhalb einer Jahresfrist angefochten werden. Wegen der gesteigerten Schutzbedürf-

Anfechtung

Anfechtungserklärung

tigkeit des Anfechtenden ist die Frist deutlich länger als die aus § 121 BGB.

- b) Die Frist beginnt nach § 124 II BGB wenn der Anfechtende Kenntnis von der Täuschung erlangt bzw. die durch die widerrechtliche Drohung geschaffene Zwangslage endet.

Anfechtung

Rechtsfolgen der Anfechtung

I. Nichtigkeit der angefochtenen Erklärung

1. Die angefochtene WE ist gem. § 142 I BGB von Anfang an nichtig. Die Nichtigkeit tritt also ex tunc ein.
2. Die Nichtigkeit erfasst – wie erwähnt – aufgrund des Trennungsprinzips nur das angefochtene RG. Im Fall einer Fehleridentität sind ausnahmsweise sowohl Verpflichtungs- als auch Verfügungsgeschäft nichtig.
3. Bei in Vollzug gesetzten Dauerrechtsverträgen (Arbeitsverträgen, Gesellschaftsverträgen) wirkt die Anfechtung abweichend von der gesetzlichen Regelung nur ex nunc, d.h. für die Zukunft, da es sonst zu schwierigen Rückabwicklungsproblemen käme.
4. Wer die Anfechtbarkeit kannte oder kennen musste, wird gem. § 142 II BGB so behandelt, als wenn er die Nichtigkeit des RG gekannt hätte oder hätte kennen müssen. Dies ist vor allem von Bedeutung, wenn eine Verfügung angefochten wird und über den Gegenstand zwischenzeitlich ein weiteres Mal verfügt wurde.

II. Ersatz des Vertrauensschadens

1. In den Fällen der Irrtumsanfechtung nach den §§ 119, 120 BGB (sowie in den nicht zum Irrtumsrecht gehörenden Fällen des Mangels der Ernstlichkeit nach

Anfechtung

Rechtsfolgen der Anfechtung

§ 118 BGB, nicht aber bei einer Anfechtung nach § 123 I BGB) ist der Anfechtende als Kompensation des Anfechtungsrechts nach § 122 BGB zum Ersatz des Vertrauensschadens verpflichtet.

2. Ersatzpflichtig ist, wer die fehlerbehaftete WE abgegeben hat. Gehaftet wird auf Grundlage einer verschuldensunabhängigen Veranlassungshaftung.
3. Ersatzberechtigt ist bei einer empfangsbedürftigen WE der Erklärungsempfänger, bei einer nicht empfangsbedürftigen WE jeder von ihr betroffene Dritte. Geschützt wird nur, wer auf die Gültigkeit der Erklärung vertraut hat und darauf vertrauen durfte. Nicht darauf vertrauen darf, wer den Grund der Anfechtbarkeit – bzw. der Nichtigkeit der Scherzerklärung – kannte oder infolge Fahrlässigkeit nicht kannte.
4. Umfang des SE-Anspruchs
 - a) Zu ersetzen ist der sog. Vertrauensschaden bzw. das negative Interesse des Berechtigten. Zwischen dem Vertrauen in den Bestand der WE und den erlittenen Nachteilen muss ein Ursachenzusammenhang bestehen. Der Berechtigte ist so zu stellen, wie er stünde, wenn die WE nicht abgegeben worden wären. Zu ersetzen sind insb. die nutzlos getätigten Aufwendungen sowie der durch den unterlassenen Abschluss

Anfechtung

Rechtsfolgen der Anfechtung

eines anderen Geschäfts entgangene Gewinn.

Bsp.: V will sein Auto im Wert von € 8.500,- zum höchstmöglichen Preis verkaufen. K bietet per Email € 9.500,-. Wegen des guten Preises schlägt V ein Angebot des D über € 9.000,- aus. V transportiert den Wagen zu K. Dort angekommen erklärt K die Anfechtung, weil er ein Angebot über € 8.500,- abgeben wollte. Als SE muss K die Transportkosten sowie € 500,- als entgangenen Gewinn ersetzen, falls V den PKW nur noch zum Marktwert verkaufen kann.

Hinweis: Vom gem. § 122 I BGB zu ersetzenden Vertrauensschaden ist der Erfüllungsschaden zu unterscheiden. Dies ist der Schaden der dadurch entsteht, dass der Ersatzpflichtige nicht erfüllt hat. Der Berechtigte ist so zu stellen, als wenn ordnungsgemäß erfüllt worden wäre, vgl. § 281 I BGB.

- b) Der Vertrauensschaden ist gem. § 122 I BGB auf den Betrag des Interesses begrenzt welches der Erklärungsempfänger oder Dritte an der Gültigkeit der WE hat. Der Vertrauensschaden ist damit nur bis zur Höhe des Erfüllungsinteresses zu ersetzen.

Bsp.: Hätte im obigen Bsp. D € 9.900,- geboten, könnte V nur maximal € 1.000,- (9.500 – 8.500) als entgangenen Gewinn erhalten.